Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (6.11.2012)

Sand im Getriebe

Sondernummer

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Marokko:

Solidarität mit den politischen Gefangenen

Februar 2011 in Casablanca

Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland in Köln, 4.11.2012

In Marokko werden viele Menschen politisch verfolgt, die sich mit Streiks, Demonstrationen und Sit-Ins gegen die Verteuerung von Energie und Wasser, für eine bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen, gegen Massenentlassungen, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für politische Freiheiten in dieser repressiven Monarchie einsetzen.

Der Ratschlag von Attac Deutschland

- erklärt seine Solidarität mit den Menschen in Marokko, die sich für solche Ziele einsetzen und insbesondere mit denjenigen, die mit Geld- und Gefängnisstrafen und mit Folter unterdrückt werden;

-erwartet, dass die politischen Verfolgungen aufhören und dass die entsprechenden Gerichtsurteile überprüft und annulliert werden;

- unterstützt die Forderung von Attac Marokko, juristisch als Organisation anerkannt zu werden;

-ruft zu Solidaritätsaktionen für die politischen Gefangenen in Marokko auf.

Solidarität mit den politischen Gefangenen in Marokko! Ratschlag von attac Deutschland, 4.11.2012

TERMINE: 8.November in Ifni: Prozeß gegen Brahim Bara; Hassan Agherbi und Amazouz

9. November: Unterstützungkarawane nach **Imider**

6. Dezember: in **Ouarzazat** Prozeß gegen Amina Mourad und Smaini Ben Nasser, die die Opfer von Mikrokrediten unterstützen.

Attac Marokko
Marokko: Krise, Verschuldung und Repressionen

Rabat, den 16. September 2012

Unsere nationale Koordinierungsstelle hat sich am 16. September 2012 in Rabat getroffen, vor dem Hintergrund sowohl der andauernden Krise des kapitalistischen Systems und der schwindenden Glaubwürdigkeit des Modells einer Entwicklung durch die Entfaltung der Märkte als auch der Fortführung der politischen und sozialen Mobilisierung; eine Situation, die Raum für radikale Alternativen zu den bestehenden kapitalistischen Modellen schafft. Das ist für uns der Anlass, über die ökonomische Situation des Landes eine Bilanz zu ziehen und an das herrschende Klima von Repressalien zu erinnern, unter dem die Aktivisten zu leiden haben.

Internationale Krise,
Krise in Marokko

Trotz der Scheinheiligkeit des offiziellen Diskurses wirkt sich die internationale Krise negativ und unmittelbar auf die marokkanische Wirtschaft aus. Dies liegt vor allem daran, dass die Entscheidungszentren unseres Landes unsere Entwicklung den ausländischen Anlegern und der Exporteuren in die Eurozone überlassen haben. Die Eurozone steht nunmehr kurz vor der Pleite und ihre Nachfrage auf internationaler Ebene sinkt.

Schlimmer noch, der riskante Weg, den unserer Entscheidungsträger eingeschlagen haben, hat dazu geführt, dass Marokko von einem Exportland für landwirtschaftliche Produkte zu einem Land geworden ist, das seine Bevölkerung **nicht mehr selbst ernähren kann.** Die Lage auf dem Getreidemarkt ist angespannt und der Staat sieht sich gezwungen, seine Importe jedes Jahr zu erhöhen.
Die momentane Krise vergrößert den Misserfolg sektoraler Strategien in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus, Industrie usw., die alle von der internationalen Nachfrage abhängig sind.
Um aus der Krise zu gelangen, setzten die imperialistischen Entscheidungszentren **Freihandelsabkommen** als Druckmittel gegen die Länder des Südens ein, damit diese ihre Märkte öffnen und ihre Zollbeschränkungen aufheben. Die Länder des Nordens üben Druck aus, um ein sogenanntes Geschäftsklima zu schaffen, das ausländische Direktinvestitionen begünstigt. Seit zwei Jahrzehnten antworten unsere Regierungen darauf mit Infrastrukturprogrammen, Freihandelszonen, Steuerbefreiungen und Lockangeboten im Immobilienbereich (Grundstücke zu einem Symbolpreis, voll ausgebaute Industrieparks etc.) Und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, bietet unser Staat qualifizierte Arbeitskräfte zu Hungerlöhnen an. Das alles wird durch das Arbeitsgesetz gefördert, das Flexibilität, Auslagerungen und eine nahezu nicht-existente soziale Sicherung vorsieht. Die sogenannten Investoren schaffen unzumutbare Arbeitsplätze für Jugendliche, die unter der **Massenarbeitslosigkeit** leiden. Die **Europäische Union** ihrerseits, wichtigster Wirtschaftspartner Marokkos, stellt weitere Forderungen an die Regierung, die - zusammen mit Algerien, Tunesien und Jordanien – verhandelt über die Vertiefung der Freihandelsabkommen zwischen der EU und den südlichen Mittelmeerländern.

Die derzeitige Regierung möchte Musterschüler sein und verspricht noch weitere Maßnahmen zu ergreifen. Derzeit wird ein Gesetz vorbereitet, durch welches das **Streikrecht** noch weiter beschnitten wird. Dieser Gesetzestext soll Artikel 288 des Strafgesetzbuches ergänzen, wonach sich Streikende eines Verbrechens schuldig machen. Außerdem sieht die Regierung vor, die ausländischen Direktinvestitionen im **Sozialsektor** (Gesundheit, Bildung, Wasser, Elektrizität, öffentliche Verkehrsmittel, Abfallsammlung, Sozialwohnungen etc.) noch stärker zu fördern. Ebenso macht sie keinerlei Hehl aus ihrem Vorhaben, staaliche Einrichtungen für **Privatanleger** zugänglich zu machen - besonders in den Bereichen Luftfahrt, Häfen, Eisenbahnen und Banken. Diese Maßnahmen sind Reaktionen auf die Empfehlungen der internationalen Finanzinstitutionen und schmälern unsere wirtschaftliche Souveränität, die bereits durch die Schuldenspirale beeinträchtigt ist.

Schulden: Rückkehr der Auslandsverschuldung und erneutes IWF-Eingreifen

Die Staatsverschuldung Marokko erreicht Spitzenwerte. Sie betrug Ende 2011 582 Milliarden DH bzw. **52 Milliarden Dollar** (Auslandsverschuldung von 190 Milliarden DH (21,9 Milliarden Dollar) und Inlandsverschuldung von 392 Milliarden DH). Diese Verschuldung entspricht 72% des BIPs. Es wird erwartet, dass die Verschuldung Ende 2012 bei 636 Milliarden DH bzw. 75% des BIPs liegen wird. Die Schuldentilgung (Anleihen und Zinsen) kostete den Haushalt zwischen 2004 und 2011 94 Milliarden(18,5 Milliarden DH für die Inlandsverschuldung und 75 Milliarden DH für die Auslandsverschuldung)! Um das Ausmaß der Schuldenlast zu erfassen, ist es wichtig, sich folgende Zahlen zu vergegenwärtigen: Zwischen 1983 und 2011 hat Marokko 115 Milliarden DH an Auslandsverschuldung zurückgezahlt; diese Summe ist acht mal so hoch, wie die Anleihen, die vormals aufgenommen wurden! Und seine Gläubiger fordern noch weitere 22 Milliarden DH.
Um das Jahr 2000 konzentrierte sich der Staat maßgeblich auf die Verschuldung auf dem Binnenmarkt; heute orientiert er sich wieder international. Daher wurde 2012 auf dem internationalen Markt Schatzanleihen zu einem Wert von einer Milliarden Euro verkauft. Ein neuer Aufruf für eine Zeichnung in gleicher Höhe ist für Oktober/ November 2012 geplant. Hinzu kommt die Einführung einer Vorsorge- und Liquiditätslinie (PLL), im Rahmen derer der IWF Marokko 6,2 Milliarden Dollar (53 Milliarden DH) zur Verfügung stellt, um somit das Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz in den nächsten zwei Jahren auszugleichen.

Repressionen und Prozesse

Diese Politik führt gegen die Wand. Die sich ankündigende Krise wird - wieder einmal - auf dem Rücken der Armen und Ärmsten ausgetragen. Die Bevölkerung, die trotzdem die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und Arbeitsplätze fordert, wird mit **Repressionen, Festnahmen und ungerechten Prozessen** konfrontiert. Der letzte dieser Prozesse fand gegen die Mitglieder der "Mouvement du 20 février" (M20F), in Casablanca statt.
Unsere Vereinigung prangert die ungerechten Urteile dieser Prozesse an. Derzeit werden Landwirte (aus der Region Chlihat), Studenten (aus Marrakesch, Kenitra, Fez, Taza etc.), Arbeiter, M20F-Aktivisten im Rahmen der unerbittlichen Repressionen des Regimes verfolgt und verurteilt. Wir fordern die sofortige Freilassung aller, die in diesem Zusammenhang gefangen genommen wurden, und die Einstellung der Prozesse.

Ebenso prangern wird **die ständigen Angriffe gegen unsere Vereinigung** und ihre Mitglieder an. Der Staat hat sich, unter Missachtung des Gesetzes, geweigert, unsere gesetzliche Anerkennung zu erneuern. Unsere **Mitglieder** werden aufgrund ihrer Aktionen **verfolgt**. Die letzten beiden Prozesse wurden gegen Ibrahim Bara und Hassan Agherbi von der Ifni-Gruppe geführt. Mustapha Sandia, Hicham Laâouini, Medkouri von der Safi-Gruppe werden ebenfalls aufgrund der von ihnen durchgeführten Aktionen verfolgt.

Abschließend möchten wir uns anerkennend über die viel versprechenden **Initiativen zur Überprüfung der Staatsverschuldung in Tunesien und Ägypten** äußern. Aus diesem Anlass rufen wir außerdem die fortschrittlichen Verbände und Organisationen in Marokko dazu auf, eine gemeinsame Front zu bilden, um eine vollständige Überprüfung der Staatschulden in Marokko zu bewirken, und damit letztlich zu erreichen, dass die verabscheuungswürdigen Schulden aufgehoben werden. Unser Aufruf richtet sich auch an all jene Organisationen, denen die Zukunft des marokkanischen Volkes, dessen Reichtum und nationale Souveränität am Herzen liegt.

Übersetzung: Sonia MARYAN, coorditrad /SiG-Redaktion)

(SiG 98)

ATTAC Marokko

Internationale Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen in Marokko

Einführung

Wie die anderen Länder der Region Maghreb-Machrek, erlebte Marokko im Laufe des Jahres 2011 die Herausbildung einer politischen Bewegung mit den Forderungen nach Demokratie, Würde und sozialer Gerechtigkeit. Die Bewegung des 20. Februar (M20F), die marokkanische Ausprägung des „Frühlings der Völker", wurde von Anfang an durch das gegenwärtige Regime unterdrückt. Ihre AktivistInnen werden verfolgt und am laufenden Band mit Prozessen überzogen. Sie zahlen den Preis für ihren politischen Einsatz für Veränderungen in Marokko. Dieses Dokument ist Teil der nationalen und internationalen Kampagne mit dem Ziel der Freilassung dieser politischen Gefangenen.

Politische Zusammenhänge

Offiziell herrscht in Marokko ein Regime von „konstitutioneller, demokratischer, parlamentarischer und sozialer Monarchie". In der Praxis ist das marokkanische Regime eine **autoritäre Monarchie mit repressiven Zügen**, das denen der 2011 gestürzten arabischen Regime in nichts nachsteht.
Die unerschütterliche **Unterstützung durch die Länder der Europäischen Union** (vor allem Frankreichs) und durch die USA erklärt wahrscheinlich zum Teil das Schweigen und die medialen Verzerrungen bezüglich dessen, was sich in Marokko abspielt. So kann durch den „demokratischen" Anstrich des Regimes die systematischen und wiederholten Menschenrechtsverletzungen verschleiert werden. So wird auch eine skandalöse Politik gedeckt, die die **Plünderung der Reichtümer** durch einige Wenige unterstützt, unter Missachtung der vollkommen desolaten wirtschaftlichen und sozialen Situation der Mehrheit der Marokkaner. Diese für das marokkanische Volk dramatische Lage ist, mit einigen Abwandlungen, die Fortsetzung der Praktiken, welche unter der Herrschaft von Hassan II. - des vorherigen Königs - galten.
Die **Jugend des M20F** versucht seit dem 20. Februar 2011, das Kräfteverhältnis zwischen dem Regime und dem Volk zu verändern. Nach mehr als einem Jahr des Kampfes ist der Traum von einem Marokko in Freiheit, Würde und sozialer Gerechtigkeit dabei, in einen Alptraum umzuschlagen. Die Unterdrückung erstickt einen möglichen „marokkanischen Frühling". Diese **Welle von Verhaftungen und Verboten** wurde durch eine gewisse Erschöpfung des M20F erleichtert, dennoch bleibt die Bewegung, nach mehr als 18 Monaten fortgesetzten Kampfes, aktiv und die zahlreichen sozialen Bewegungen tragen weiterhin kraftvoll ihre Forderungen durch Demonstrationen vor. Die andauernden Mobilisierungen auf der Straße beunruhigen offensichtlich die höheren Stellen, was weitgehend die neue Welle der Unterdrückung erklärt.

Unterdrückungsmaßnahmen und Folter

Der Feldzug zur Vernichtung aller politischen Proteste in Marokko hat sich verschärft mit dem Beginn der neuen Regierung im Januar 2012, die von den **Islamisten der Partei Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD)** beherrscht wird. Der Chef der Exekutive gab grünes Licht zur Niederschlagung der Bewegung der arbeitslosen Diplomierten in Rabat. Seither wird Demonstrieren in der Hauptstadt faktisch durch die Repressionskräfte verboten. Von dieser neuen Repressionswelle, die an den „années de plomb" („Bleijahre") erinnern, sind auch die strikt sozial orientierten Bewegungen betroffen. Auch in den Städten Taza (Nord-Ost), Mahamid el Ghizlane (Süd-Ost), Ouarzazate (Süd-Ost) und in der Region des Rif, wo die Bevölkerung gegen die Sperrung der Wasserversorgung oder die Erhöhung der Wasser- und Stromrechnungen protestierte, reagierte die Regierung mit Unterdrückung. In den Städten Salé, Agadir und Béni Mellal wurden Einwohner vertrieben und ihre als „anarchistisch" diffamierten Wohnblöcke zerstört. In Chlihat bei Lksar el Kébir (Nord) haben sich die Bauern gegen die Praktiken eines spanischen Multis erhoben. Diese landlosen Bauern wurden brutal unterdrückt.

Die letzte Episode aus dieser traurigen Serie fand am **22. Juli** dieses Jahres statt. Die M20F organisierte wie gewohnt Demonstrationen in einer Reihe von marokkanischen Städten. In **Casablanca** (Mitte) und **El Jadida** (Mitte) schlugen die Unterdrückungskräfte an jenem Abend unterschiedslos zu. Mehr als 30 Verhaftungen und rund 20 Verletzte sind die Bilanz in den beiden Städten. Während ihrer Festnahme wurden die Aktivisten aus Casablanca **gefoltert** (Verbinden der Augen, obszöne Beleidigungen, Schläge mit dem Gummi-knüppel in die Geschlechtsteile, Herumtrampeln auf dem Körper, Ausübung von psychologischem Druck, etc.). Zwei Tage später, bei einem Sit-in vor dem Gericht, wo die Verhafteten des 22.Juli abgeurteilt werden sollten, verfolgte die Polizei erneut die Demonstranten, die zur Unterstützung ihrer Kameraden erschienen waren; die Einschüchterungen wurden während der gesamten Woche fortgesetzt. Die Zeugenaussagen der AktivistInnen wurden bestätigt vom **Sonderberichterstatter der UNO für die Folter,** Juan Mendez. Im Zuge seines Aufenthalts in Marokko im September 2012, zur Vorbereitung eines Berichts an den Menschenrechtsrat über die Folter in diesem Land, kam er zu dem Schluss, dass „*Folterungen gang und gäbe sind und in Marokko nicht verschwunden sind, selbst wenn sich die Lage generell verbessert hat*". Der Berichterstatter der UNO führt eine Reihe von Fällen von Folter an. Er stellte Gewaltanwendungen fest durch „*Faust- und Stockschläge, Gebrauch von Stromschlägen und Verbrennungen mittels Zigaretten".*

Verhaftungen

Der Marokkanischer Menschenrechtlerverein (Association marocaine des droits de l'homme, AMDH) hat die Akten von 48 marokkanischen politischen Gefangenen überprüft. Es handelt sich um Aktivisten der Bewegung des 20.Februar (M20F), Menschenrechtlern und Aktivisten von Sozialbewegungen (aus den Städten Taza, Rif, Ouarzazate, Imider, Beni Mellal, Chlihat, Mhamid Ghizlane…), um diplomierte Arbeitslose, insbesondere Mitglieder des Nationalen Vereins der marokkanischen diplomierten Arbeitslose (Association nationale des diplômés chômeurs au Maroc, ANDCM), um saharauische Gefangene, Gewerkschafter, Mitglieder der Nationalen Studentenunion Marokkos (Union nationale des étudiants du Maroc) sowie islamistische Häftlinge. Allein aus der Stadt Casablanca sind 11 Aktivisten der M20F, darunter 2 Frauen, inhaftiert oder vorläufig freigelassen und sollen vor Gericht erscheinen. Als Anlage fügen wir eine (unvollständige) Liste der verhafteten oder verfolgten Aktivisten als Anlage bei.

Aufruf zur internationalen Solidarität

Angesichts der Repression in Marokko und der Gefahren, die derzeit den Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschaftern, diplomierten Arbeitslosen, Verfechtern der sozioökonomischen Rechte und Mitgliedern der M20F -Bewegung drohen, rufen wir zur internationalen Solidarität auf,
- um von A bis Z fabrizierte Prozesse anzuprangern , die zum Ziel haben, die Kämpfe zu kriminalisieren, Angst und Schrecken zu verbreiten und jeden Protest im Keim zu ersticken;
- um die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Häftlinge zu verlangen;
- sowie um zu fordern, dass unabhängige Untersuchungen über die Verantwortlichen für die Folter und die politischen Ermordungen von M20F-Aktivisten und Demonstranten (Kamal Ammari, Mohamed Boudroua und Kamal Hassani) eingeleitet werden und
- um zu fordern, dass die Folterer und Mörder vor Gericht gestellt werden.

Für die Kampagne zur Befreiung der politischen Häftlinge und für die sofortige Einstellung der gerichtlichen Verfahren sind folgende Aktionen geplant:
Versand von Briefen an den Regierungschef, den Justizminister und den Vorsitzenden des Nationalrats für Menschenrechte (Conseil national des droits de l'homme, CNDH);
Foto-Unterschriftenaktion: jede/r soll sich mit einem Plakat fotografieren lassen, auf dem der Name eines Häftlings geschrieben steht und uns das Foto schicken, damit es über die sozialen Netzwerke (Facebook, Twitter usw.) verbreitet wird.
Sonst: Online-Unterschriftenaktionen, Anwesenheit von internationalen Beobachtern bei den Prozessen,....
(SiG 98)

(Unvollständige) Liste der politischen Häftlinge in Marokko

Casablanca

Mouad Belghouat, Lhqed (der Empörte). Dem 24jährigen Rapper - Künstlerikone der M20F-Bewegung - ist sein politisches Engagement teuer zu stehen gekommen. Seit einem Jahr führt die Staatsmacht einen erbitterten Kampf gegen den jungen Künstler. Nachdem er zuerst im Zuge eines Scheinprozesses wegen „Körperverletzung“ 4 Monate absitzen musste, wurde er am 29. März ein zweites Mal verhaftet, diesmal wegen „ Verstoß gegen Staatsorgane“, genauer gesagt gegen die Polizei. Wegen einer Videomontage über eines der Chansons, die auf Youtube verbreitet wurde, wurde er wieder vor Gericht gestellt. Am 11. Mai 2012 wurde Lhqed vorerst zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung sowie zu einer Geldstrafe von 1000 Dirham (90 Euro) verurteilt. Am 27. Juli 2012 wurde das erste Urteil vom Berufungsgericht bestätigt. Webseite: www.l7a9ed.com

Younes Belkhadim, Chaîr (der Dichter). Er wurde am 30. März 2012 anlässlich einer Sitzaktion zur Unterstützung von Lhqed festgenommen. Am 18. Mai wurde er dann zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung und zu einer Geldstrafe von 5000 DH (450 €) verurteilt wegen „Zerstörung von öffentlichen Gütern und Beschimpfung von Behördenmitgliedern“. Das Berufungsgericht setzte die Gefängnisstrafe auf 8 Monate ohne Bewährung herab und erhöhte das Strafgeld auf das Doppelte. Der junge Dichter hat mehrere Texte verfasst, die zu den Parolen der M20F-Bewegung gehören.

Hassan Hainoussi: 8 Monate Gefängnis ohne Bewährung

Houcine Idrissi, Oussama Housni, Hamza Aitaoui: je zu 3 Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 1200 DH. Sie wurden bei einer Sitzaktion in Solidarität mit den politischen Gefangenen festgenommen.

Abderrahman Al Assal, Samir Bradly, Tarek Rochdi je zu 10 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

Youssef Oubla, Nour Essalam Kartachi wurden je zu 8 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. ***Leila Nassimi*** wurde zu 6 Monaten Haft mit Bewährung verurteilt.

Maria Karim und Mamoun Karbi sind Aktivisten der M20F-Bewegung, freigelassen aber gerichtlich verfolgt

Kenitra: Diese Häftlinge sind sämtlich Mitglieder der Nationalen Studentenunion Marokkos (Union nationale des étudiants du Maroc). Sie wurden im Zuge ihres Kampfes für die Verbesserung der Unterrichtsqualität auf der Uni sowie für die Aufhebung der Militarisierung des Campus festgenommen. Bis auf zwei Aktivistinnen sitzen sie seit März 2012 in Untersuchungshaft!

Ismail al Ahmar, Achraf Siranou, Moughith Khaliki, Brahim al Kalîi, Mourad Hayout, Oussama Bekkali, Hatem Ourghi, Mourad Hoauri, AminaYakoubi *(vorläufig freigelassen)****, Abdelkhlak Sehba, Abderrazak Ajkou, Khouloud*** *(vorläufig freigelassen)****, Abdelrahim***

Rif (Städte Imzouren und Beni Bouayach) 20 politische Gefangenen aus jener traditionell rebellischen Gegend sitzen derzeit Gefängnisstrafen von 5 Monaten bis 5 Jahren ohne Bewährung ab. Sie sind sämtlich Mitglieder der M20F-Bewegung: ***Adil Taibi, Abdellah Affelah, Abdelmajid Bouscout, Abdeljalil Bouscout, Ahmed Moussaoui.***

Abdeladim Ben Bouchaib: 12 Jahre Haft ohne Bewährung

Mohamed Jelloul, Ahmed Badri, Belhaj Hassan Ben Mohamed, Said Agrouj Ben Mohamed, Nasser Hasnaoui, Najim Karchouhi Najim Souhou, Ahmed Baâli Mohamed Ahbad, Mohamed Bouziane

Halim Bakkali: Mitglied der M20F-Bewegung. 4 Jahre Haft ohne Bewährung

Chakir Yayhaoui: Mitglied der M20F-Bewegung und der AMDH. 3 Monate Haft ohne Bewährung, ***Halim Taliî, Mustapha Bouhani***: Mitglied der M20-Bewegung und des Forums des Nordens für Menschenrechte. 2 Jahre Haft ohne Bewährung und eine Geldstrafe von 100 000 Dh

Tanger: ***Mohammed Sokrat***. Blogger: 2 Jahre Haft ohne Bewährung (wegen Drogenbesitz und -geschäft verurteilt)), ***Said Ziani***. Mitglied vom M20F: 3 Monate Haft ohne Bewährung (wegen Zigaretteneinzelverkauf verurteilt)

Imider (eine Bergbaugegend, von der königlichen Firma MANAGEM erschlossen, deren Einwohner eine gerechtere Verteilung der Ressourcen ihrer Region fordern)

Mustapha Ouchtoubane: 4 Jahre Haft ohne Bewährung. Am 5. Oktober 2011 verhaftet. Hat Folgendes verbrochen: Er ist ein Menschenrechtler und wichtiger Akteur im Kampf seines Dorfes IMIDER gegen eine Bergbaugesellschaft, die Raubbau an den Wasserressourcen der Region betreibt, die Region verschmutzt, die Dorfbewohner ausbeutet und ihre Macht zur Bestechung der lokalen Behörden missbraucht. Am 13.12.2012 bestätigte das Berufungsgericht das Urteil von 4 Jahren Haft ohne Bewährung (Quelle: der Blog Solidarité Maroc, http://solidmar.blogspot.de/).

Der Prozess der „Fünf“: Nachdem sie am 12. Juli 2012 von den königlichen Gendarmen verhaftet worden sind, wurden 5 Dorfbewohner am 9. August zu je 2 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt nach einem völlig fabrizierten Prozess. Ziel der Regierung ist, diesen exemplarischen Kampf in die Knie zu zwingen.

Chlihat

(eine ländliche Gegend, wo die Bauern in Konflikt mit einer spanischen Multi stehen)

Mohamed Zbati, Landwirt und ***Abderrahim Achtir,*** Landwirt: 2 Jahre Haft ohne Bewährung - ***Abdessalam Hambouch, Landwirt, Nourreddine el Kaou Ben Jelloun, Tarek Daou***i: 6 Monate Haft ohne Bewährung

Sidi Ifni

Mit der Unterstützung der Mitglieder der M20F-Bewegung und der ANDCM forderten die Einwohner anständige Arbeitsplätze und den Zugang zu den regionalen Fischressourcen.

Abdellah El Hihi, Zine El Abidine Erradi, Youssef Rguini, Mohamed Hamouda: 10 Monate Haft ohne Bewährung und Geldstrafe von 500 DH - ***Hassan Boughaba, Abdelmoula Hallab***: 8 Monate Haft ohne Bewährung und Geldstrafe von 500 DH

In Untersuchungshaft: ***Hassan Boulahdir und Akida*** / vorläufig freigelassen ***Brahim Bara und Hassan Agherbi***

Agadir: Mitglieder des Lokalkomitees für das Recht auf Wohnung, sämtlich gerichtlich verfolgt, vorläufig freigelassen:

Youssef Houdi ***Hassan Nafaâ***
Latifa Saber ***Hassan Akram***

Ouarzazate: Bergleute aus dem Bergwerk Bouazzar, das von der königlichen Firma MANAGEM betrieben wird, kämpfen um die Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse und das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Hicham Amermach, Abdeaziz Al azhari Mohamed Chakir Mohamed Moujane Abderahmane Achlhi Said Ait Saleh Abdelaziz Amkraz Mbarek Amazigh Abderrahman Maâsoudi Youssef Widar Said Ait Caid Lahcen Akhraz Hassan Naciri Mohamed Sakhi Ibrahim Madi

Übersetzt von Hans-Hermann BOHRER und von Michèle MIALANE, coorditrad /SiG-Redaktion

(SiG 98)

Weitere Informationen:

Webseiten von Attac Marokko und CADTM: http://attacmaroc.org/ http://cadtm.org/Maroc?lang=fr http://www.cadtm.org/Morocco?lang=en

Texte auf Deutsch in „Sand im Getriebe“ Nr. 89, 91, 92, 94, 96, 98 und 69, http://sandimgetriebe.attac.at/

Die EU zerschlägt an ihren Grenzen die öffentlichen Dienstleistungen, http://sandimgetriebe.attac.at/6818.html

http://www.labournet.de/internationales/ma/index.html , http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Marokko/Welcome.html

Marokko: Die Kämpfe der Landbevölkerung

„Es lebe die Solidarität der Arbeiter. Wenn wir unsere Rechte verteidigen, verlieren wir sie nicht!“

So schließt die Landarbeitergewerkschaft der Souss-Region im Süden Marokkos ihre Presseerklärung von Juni 2012 ab, in der sie den Erfolg von 6 Landarbeitern mitteilt, deren Forderungen erfüllt wurden - nach einem Hungerstreik von 38 Tagen. Sie hatten bei der großen französischen Agrarfirma SOPROFEL gearbeitet. Diese besitzt große Flächen im ertragreichen Souss und exportiert vor allem nach Europa landwirt-schaftliche Produkte (z.B. Tomaten). Die Arbeitsbedingungen sind sehr prekär (Kein Vertrag, keine Zahlung der Sozialversicherungen, Arbeitsunfälle,...). Dreißig Landarbeiter, die versucht hatten, eine Gewerkschaft aufzubauen und Streiks zu organisieren, wurden 2008 entlassen (bzw. nicht weiter beschäftigt), sie wurden außerdem von einem Gericht im Namen des § 288 verurteilt (Verbot von Streiks).

Die breiten Proteste haben damals zu einem Abkommen mit der Firma geführt, das jedoch nicht umgesetzt wurde. Daraufhin haben 6 von ihnen einen Hungerstreik begonnen. Unterstützt wurden sie von einem Komitee und von der Gewerkschaft „Union Nationale du secteur Agricole“; die Bevölkerung hat Kundgebungen, Blockaden und Demonstrationen durchgeführt. Ergebnis: Die gerichtlichen Verfolgungen werden jetzt fallen gelassen, sie bekommen eine Entschädigung, ihre Namen werden von den „schwarzen Listen“ gestrichen.

(Bericht von Attac Marokko)

s. auch: http://www.legrandsoir.info/+maroc-les-ouvriers-licencies-du-groupe-francais-soprofel-idyl-sont-en-greve-de-la-faim+.html

Video über das Fest zur Ehre der 6 Gewerkschafter: http://www.youtube.com/watch?NR=1&feature=endscreen&v=lPU_Rai-YXk

Brutale Unterdrückung der Proteste in Chlihat (im Norden Marokkos)

Seit längerem protestiert die Landbevölkerung von Chlihat gegen eine spanische Firma, die 2000 Hektar staatlicher landwirtschaftlicher Fläche gepachtet hat. Sie beklagen, dass der Anbau von Reis im großen Maßstab zu einer Mückenplage führt und dass die Firma nur sehr wenige Menschen eingestellt hat.

Nachdem Verhandlungen erfolglos geblieben waren, besetzten die Menschen die Ländereien und forderten, dass der Reis nicht angebaut wird. Sie wurden von der Armee angegriffen, das Dorf selbst wurde geplündert.

Die Bewohner flohen in die Wälder – und kamen Tage später erst allmählich zurück, als ein Solidaritätsmarsch (u.a.von attac Marokko organisiert) bis zu ihnen durchkam.

Bild: Die Frauen haben ihre Angst überwunden

Video-Berichte:

Chlihat1: http://www.youtube.com/watch?v=Zoz8flLnPvw&feature=em-share_video_use

Chlihat2: http://www.youtube.com/watch?v=dbkD7r3s7WI&feature=em-share_video_user

Staatliche Repression in Marokko

*Die scharfe Repression der anhaltenden Proteste auf dem Land und in den Städten wird u.a. von **Amnesty International** dokumentiert. Einen gerichtlichen Erfolg haben die 16 zu hohen Geld- und Gefängnisstrafen jungen Menschen errungen -S. Bericht in SiG 95: Manche Strafen sind jetzt auf Bewährung. Aber zur gleichen Zeit werden neue drakonische Strafen ausgesprochen).*

„ Am 25. Mai 2011 beteiligten sich vor dem Gesundheits-ministerium in Rabat rund 8000 Mediziner_innen an einem **Sitzstreik**, dem ein Protestmarsch zum Parlament folgen sollte. Doch die Sicherheitskräfte gingen nach vorliegenden Meldungen mit Knüppeln und Fußtritten gegen die Demonstrierenden vor und fügten dabei 40 von ihnen unterschiedlichste Verletzungen zu. Ein 40 Jahre alter Arzt erlitt einen Beckenbruch und musste sich einer Notoperation unterziehen.

Am 28. und 29. Mai 2011 griffen die Proteste auf mehrere andere Städte über, darunter Kenitra, Safi, Fes, Tanger, Casablanca und Salé. Die Teilnehmer_innen, unter ihnen politische Aktivist_innen, Menschenrechtsverteidiger_innen und Mitglieder der Bewegung 20. Februar, forderten Reformen in Politik und Gesellschaft und verlangten ein Ende der Korruption. Die Proteste verliefen weitgehend friedlich. Mehrere Zeug_innen haben Amnesty International jedoch berichtet, dass zahlreiche Protestierende von Uniformierten oder Zivilkleidung tragenden Angehörigen der Sicherheitskräften mit Schlagstöcken oder Knüppeln verprügelt und mit Fußtritten traktiert worden sind. Einige der Protestteilnehmer_innen, unter ihnen Kinder, trugen dabei Verletzungen am Kopf und im Gesicht davon.“

http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-152-2011-1/gewalt-gegen-demonstrierende?destination=node%2F2977

Mehr hier: http://www.cadtm.org/MAROC-SAFI-Une-premiere-victoire ,http://www.cadtm.org/Maroc-Casablanca-Acharnement *http://www.cadtm.org/Maroc-Ouverture-d-un-nouvea, http://www.cadtm.org/Maroc-La-repression-etouffe-le*

(SiG 96)

Vielfältige und massive Protestbewegungen in Marokko

Sommer 2011:
Soziale Bewegungen in Safi

In dieser Stadt von einer halben Million Einwohner haben viele Betriebe (3 Textilbetriebe mit 1400 ArbeiterInnen, Sardinenkonservenbetriebe) ihre Türen geschlossen. U.a. wegen der stark abnehmenden Exporte arbeiten im Hafen nur 2000 Menschen (gegenüber 15000 früher).
Vor allem Jugendliche, ermutigt von der Bewegung des 20. Februar, organisieren Märsche für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Immer wieder werden sie von der Polizei angegriffen, am 2.Juni stirbt **Kamal Oumari,** nachdem 7 Polizisten ihn zusammengeschlagen hatten (http://www.youtube.com/watch?v=WlK3X8nf2CI)
Der wichtigste Betrieb in Safi ist OCP (Office chérifien des phosphates), der größte Betrieb zum Export von Phosphaten und weiterverarbeiteten Produkten
Nach einer Demonstration von 3000 Gewerkschaftsmitgliedern, die in der OCP arbeiten, zusammen mit der Bewegung des 20.Februar, wurden bedeutende Lohnerhöhungen erzielt Die Vertretungen von ausgebildeten Jugendlichen haben ein Abkommen mit der Stadtverwaltung, der ANAPEC und der OCP über die Schaffung von Arbeitsplätzen erzielt, das jedoch nicht eingehalten wurde. Sie protestierten dagegen mit Demonstrationen und Blockade der Eisenbahnlinie, die zum Transport von Phosphat dient. Gleichzeitig protestierten Bewohner eines Viertels in Safi (Kawki) gegen die Preiserhöhungen bei Strom und Wasser. Die Polizei ging sehr brutal gegen sie vor.
(*nach Infos von attac Marokko und http://fr.lakome.com/politique/42-actualites-politique/602-safi-la-police-sest-elle-vengee-de-la-population-.html http://monde-antigone.centerblog.net/1489-emeutes-a-safi-maroc-un-commissariat-incendie*)

Anfang 2012: Rabat: Hochschulabsolventen verbrennen sich aus Protest – einer stirbt

Seit dem 5. Januar organisiert eine Gruppe von jungen Menschen, die nach ihrem Hochschulabschluss arbeitslos sind («groupe des cadres supérieurs exclus du PV de 20 juillet») ein ständiges Sit-In auf dem Dach eines Nebengebäudes des Bildungsministeriums in Rabat.
Die zuständigen Behörden verhindern, dass die Demonstranten Nahrung erhalten.
Am 18.Januar versuchen die Demonstranten das Brot zu holen, das Unterstützer am Fuß des Gebäudes hingelegt haben. Die Polizei hindert sie daran und schlägt sie. 4 Demonstranten verwirklichen ihre Drohung, sich anzuzünden.
Sie werden verletzt, einer ist nach 6 Tagen gestorben, Adelwahab Zeidoun, 27 Jahre.
http://www.mamfakinch.com/retour-sur-les-evenements-du-18-janvier/

Einzelheiten über die Situation der Hochschulabsolventen (Erwähnt wird u.a. die Kritik an die undurchsichtigen, korrupten Auswahlkriterien):
http://www.lematin.ma/Actualite/Journal/Article.asp?idr=110&id=161012
http://www.lesoir-echos.com/retour-en-force-des-diplomes-chomeurs/presse-maroc/39133/

Streiks und Sit-Ins von LandarbeiterInnen: 2011

UNRECHTSURTEIL gegen die am 1. August 2011 in Safi verhafteten 16 Aktivisten

Am 19. Januar 2012 verurteilte das Berufungsgericht (= Oberlandesgericht) in Safi die Angeklagten zu langen Haft- und exorbitanten Geldstrafen:
- 16 Haftstrafen von 4 Monaten bis 4 Jahren;
- 52.000.000 Dirham (4,7 Mio Euro) Schadens-ersatz an das OCP („Office chérifien des phosphates“, Staatsunternehmen für Phosphat-produktion) und 4.639.101 Dirham (417 000 Euro) an die ONCF („Organisation nationale des Chemins de Fer“ = marokkanische Staatsbahnen).
- 4 Jahre Haftstrafe ohne Bewährung und Geldbuße über 50 000 Dirham (45 000 Euro) gegen Abdeljalil AGADIL, Ali TOABANE, Mahdi GHIWAN und Hicham TAANI;
- 2 Jahre Haftstrafe ohne Bewährung gegen Amine Abou Al Iddam, Omar Martab, Yassin Al Mahili, Abdelkarim Koundi, Abdelkader Al Fidadi, Adil Zaid und Amin el Touzani;
- 1 Jahr Haftstrafe ohne Bewährung: Mohamed Assarssar und Boujemaâ NN;
- 4 Monate Haftstrafe ohne Bewährung: Miloud Al Habti und Aziz Benchrifa

Zum Hintergrund:
Das Unrechtsurteil des Gerichts in Safi gegen die 16 Inhaftierten vom 1. August 2011 fällt in einem Kontext, in dem sich die Machthabenden in Marokko unfähig oder unwillig zeigen, auf die Forderungen der Bewegung vom 20. Februar (M20F) einzugehen und Lösungen zu finden. Diese Bewegung trägt seit fast einem Jahr seinen Protest unermüdlich auf die Straße. Viele weitere Initiativen, die in den unterschiedlichsten Bereichen ihre Stimme erheben, werden ebenfalls ignoriert.
Und das in einem Land mit 30% Jugend-arbeitslosigkeit, Armut für ein Viertel der Bevölkerung, mit unzulänglichen Bildungs- und Gesundheitswesen wo Korruption, Despotismus und Vetternwirtschaft verbreitet sind.
Die Bewegung der arbeitslosen Akademiker, eine der ältesten und beharrlichsten Initiativen, ist entschlossen, ihre Aktionen zur Forderung nach Arbeitsplätzen im ganzen Land zu intensivieren. Am 18. Januar haben sich in Rabat vier junge Männer angezündet, darunter Abdelwahab Zaydoun, ein 27 Jahre alter Jurist, der schwerverletzt ins Krankenhaus von Casablanca eingeliefert wurde, wo er am 24. Januar verstarb.

„Für die Freilassung von Halid!“

Leider gibt es keinen Grund zur Annahme, dass die neue Regierung unter der Führung von A. Benkirane andere Lösungen anzubieten hat als Repression, Schauprozesse und weiter wie bisher.

KLASSENJUSTIZ gegen junge Leute, die Arbeit fordern:
Dieser Eindruck entsteht auf jeden Fall angesichts dieses Urteils, das auf einem fingierten Prozess gegen junge Leute beruht, die ihr Recht auf Arbeit, Freiheit und Würde einfordern; die gegen Korruption, Diebstahl am Gemeingut, Willkür der Funktionäre und nicht eingelöste Versprechen für neue Arbeitsplätze protestieren.
Klassenjustiz ist es, wenn junge Menschen, die ihr Recht auf Arbeit einfordern, dazu verurteilt werden, Schadensersatz in schwindelerregender Höhe an den staatlichen Phosphatkonzern OCP und an die Staatsbahn ONCF zu leisten, die in der Region die wichtigsten Arbeitgeber und Einkommensquellen sind. Die OCP hatte der Koordination der arbeitslosen Akademiker in Safi versprochen, 15.000 Kandidaten für eine Ausbildung auszuwählen und 5.000 feste Arbeitsplätze zu schaffen. Als diese Zusagen nicht eingelöst wurden, organisierten die jungen Leute Anfang August 2011 Sit-ins auf den Bahngleisen, auf denen Phosphat zur Weiterverarbeitung in die Fabriken transportiert wird. Bei den darauf folgenden Zusammenstößen mit der Polizei wurden Dutzende Demonstranten festgenommen, gefoltert und mit falschen und unbegründeten Anschuldigungen vor Gericht angeklagt.

In allen Regionen Marokkos gibt es Protestbewegungen:
Safi hat seit Beginn der Bewegung am 20. Februar 2011 einen hohen Zoll gezahlt. Zwei Aktivisten starben infolge der Repression, 16 weitere wurden zu hohen Strafen verurteilt. Dennoch ist zu erwarten, dass diese weitere repressive Maßnahme die Bewegung vom 20. Februar nur noch stärken wird, in Safi und im Rest des Landes - nach der Festnahme von jungen Rapper Mouad El Haqed in Casablanca entfachten sich die Proteste so stark, dass die Behörden schließlich gezwungen wurde, ihn wieder freizulassen.
Jede Woche seit dem Aufruf vom 20. Februar 2011 gehen in ganz Marokko unermüdlich Zehntausende auf die Straße und fordern soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenwürde.

***Abdeljalil Agadil**, Aktivist und Ehrenmitglied des nationalen Sekretariats von ATTAC/ CADTM Marokko und der Bewegung vom 20. Februar (M20F) :*
Der Aktivist aus Safi war am 29. Mai 2011 erstmals von Zivilisten entführt, zusammengeschlagen und wieder ausgesetzt worden, sein Mobiltelefon wurde ihm abgenommen. Abdeljalil Agadil erstattete Anzeige bei der königlichen Staatsanwaltschaft in Safi, das marokkanische Menschenrechtszentrum CMDH und der Verein WASSITE für Demokratie nahmen seine Aussage auf.
Am Dienstag, den 1. November 2011 wurde er beim Verlassen seines Arbeitsplatzes um 18 Uhr 30 von Polizisten in Zivil ein zweites Mal entführt. Drei Tage lang wurde er schwerster Folter ausgesetzt; bei einem Verhör an einem geheimen Ort versuchte man ihm Geständnisse abzupressen, indem man ihn drei Tage lang mit den Füßen in der Luft aufgehängt ließ.
Der Prozess gegen Abdeljalil Agadil wurde mangels Beweisen und Zeugen mehrfach verschoben - er sollte in Zusammenhang mit dem Brand in einem Kommissariat und mit der Blockade von Bahngleisen bei Zusammenstößen zwischen den Kräften der Repression und den Jugendlichen in Safi im August 2011 belastet werden.

Diese Entführungen, Einsperren an geheimen Orten, Verhaftungen, erfundenen Anklagepunkte, gezielten Tötungen von Aktivisten durch Handlanger des Regimes führen Marokko in die dunkelste Zeit der „bleiernen Jahre“ zurück.

(SiG 94)

Attac Marokko

Das Volk fordert Veränderung!

Februar 2011

25.2.2011 Am 20.Februar 2011 nahmen nach den Angaben der Organisatoren ca. 300 000 Menschen an Demonstrationen in den meisten Städten von Marokko teil. **Die Forderungen der Demonstranten bezogen sich auf die politischen, ökonomischen und sozialen Bereiche. Hauptsächlich wurden gefordert:**

- **Annahme einer neuen Verfassung,**
- **Auflösung von Regierung und Parlament,**
- **Unabhängigkeit der Justiz,**
- **Freilassung der politischen Gefangenen,**
- **Gegen Preisanstieg, für Lohn- und Gehaltserhöhungen, Beschäftigung für die Arbeitslosen.**
- **Zugang zu den öffentlichen Dienstleistungen für alle Bürger,**
- **gegen Korruption, Machtmissbrauch und wirtschaftliche Verbrechen,**
- **gegen die Hortung von Reichtum, gegen die Privatisierung der öffentlichen Sektoren, etc..**
- **Für die Anerkennung der Sprache Amzigh (Sprache der Berber) als Amtssprache.**

Diese friedliche Mobilisierung wurde von der revolutionären Welle in den Ländern der Region, die den Sturz des tunesischen und des ägyptischen Diktators herbeigeführt haben, getragen. Hervorzuheben sind die breite Aktionseinheit und die große Beteiligung von Jugendlichen und Frauen an den Initiativen für eine solche Aktion und an deren Organisierung und Durchführung.

Aber kurz nach diesen Demonstrationen, ab dem Abend des 20. Februars, wurden im Widerspruch zu Erklärungen des Innenministers scharfe Repressionsmaßnahmen getroffen, unter Ausnutzung von provozierenden Gewalttaten, deren Urheber noch identifiziert werden müssen: Versammlungen und Demonstrationen wurden verboten und verfolgt, auch solche zur Solidarität mit dem libyschen Volk. Es gibt Verhaftungen und umfangreiche Polizeikontrollen in den Städten, zu denen manchmal auch die Armee hinzugezogen wird.

Attac Marokko ist Teil dieser sozialen Bewegung, die seinen grundlegenden Zielen entspricht (...). Attac Marokko fordert

- Meinungs- und Demonstrationsfreiheit
- Freilassung alle politische Gefangenen
- sofortiger Stopp der Repression gegen die Demonstranten
- Erfüllung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Bewegung des 20. Februars.

(...)
http://www.cadtm.org/Maroc-le-peuple-exige-le

König der Armen

In Marokko führt Mohammed VI. das Land wie seinen Privatkonzern. Doch eine sich ständig vertiefende soziale Kluft sorgt für Bewegung

Seit Oktober hat das Land von Brüssel im Verhältnis zur EU einen »fortgeschrittenen Status« erhalten.

Eine spürbare Erhöhung des Lebensstandards hat das den Einwohnern und Arbeitskräften dieser europäischen Sonderwirtschaftszone bislang nicht beschert. Sie schuften für einen durchschnittlichen Stundenlohn von 0,95 Euro in der Industrie und 4,90 Euro pro Tag in der Landwirtschaft zum Wohle aus- und inländischer Konzerne und Grundbesitzer. Im verarbeitenden Gewerbe kommen die Beschäftigten bei der geltenden 44-Stunden-Woche ohne Überstunden und Nebenerwerb auf ein Monatssalär von gerade einmal 183,35 Euro. Viele haben überhaupt keinen festen Job und müssen sich mit Tagelöhnerei über Wasser halten. Die offiziell zugegebene Erwerbslosigkeit verharrt seit langem bei 9,6 Prozent. Unter den Fünfzehn- bis Neunundzwanzigjährigen sind jedoch gut ein Drittel davon betroffen. Zugleich besteht weiterhin fast die Hälfte der Bevölkerung aus Analphabeten, die Kindersterblichkeit liegt bei 28,6 Toten auf tausend Lebendgeburten sehr hoch. In den Krankenhäusern erhält nur derjenige eine Behandlung, der in der Lage ist, das entsprechende Bestechungsgeld zu zahlen.

(Junge Welt, 31.3.2011

Attac Marokko zu den „Reformen“ des Königs

Am 9.März 2011 hat der König in einer Rede eine Verfassungsreform angekündigt, die von einer von ihm (!!!!) ernannten Kommission erarbeitet werden soll.
Damit hat die Bewegung des 20.Februar, die von der tunesischen und ägyptischen Revolution angespornt wurde, einen weiteren kleinen Sieg errungen, das muss man schon anmerken. Diese Bewegung wurde anfangs beschimpft – Separatisten, Vaterlandsgegner, Atheisten, Homosexuellen,…. .
Nach und nach sehen sich die Regierung und die politische Elite wegen der Erfolge dieser Bewegung gezwungen, diese ernst zu nehmen. Und heute spricht sich sogar der König für eine Verfassungsreform – wie es ihm natürlich paßt, während er noch am 21. Februar diese Bewegung vollkommen ignorierte.
ABER: Das bleibt noch vollkommen unzureichend, da der König im Grunde auf keine seiner Vorrechte auf der politischen Ebene verzichtet hat.
Noch schlimmer ist es auf der wirtschaftlichen und sozialen Ebene. Der König und die um ihn gruppierte herrschende Klasse beuten weiterhin auf einer ungerechten und manchmal illegaler Art die natürlichen Reichtümer des Landes (Bergbauminen, fruchtbares Land, Wasser, Agrarprodukte, Wind und Solarenergie….). Dabei beharrt er auf die Geheimhaltung seines riesigen Reichtums. Das Volk hingegen lebt weiter in großer Armut.
Diese Scheinzugeständnisse des Königs könnten einen Teil der Bewegung überzeugen, die ihm naiverweise vertrauen. Wir müssen uns auf diese Debatte innerhalb der Bewegung vorbereiten und vor allem an die Forderungen erinnern, für die die Jugendlichen als Erste auf die Straße gegangen sind. Wir müssen auch die Unterschiede zwischen diesen Forderungen und den Vorschlägen des Königs – trotz scheinbarer Gemeinsamkeiten – herausarbeiten.

Forderungen des 20. Februars	**Antworten des Königs in seiner Rede vom 9.3.2011**
Eine demokratische Verfassung soll von einer verfassungsgebenden Versammlung verabschiedet werden, die demokratisch gewählt wird.	Wir haben beschlossen, eine ad hoc Kommission zu bilden, die die Verfassung überarbeiten soll.
Auflösung des Parlaments und der aktuellen Regierung und Bildung einer Übergangsregierung, die die Umsetzung der Forderungen der Bewegung vom 20.Februar vornimmt.	In der Zeit vor der Volksabstimmung über den Entwurf einer neuen Verfassung arbeiten die aktuellen Institutionen weiter, dies im Rahmen der jetzt gültigen Verfassung
Eine unabhängige Justiz und allgemein eine Gewaltentrennung.	„Wir wollen die Justiz als eigenständige Gewalt einrichten und die Befugnisse des Verfassungsrats stärken, mit dem Ziel, die Vorherrschaft der Verfassung und den Vorrang der Gesetze und die Gleichheit von allen vor ihnen zu stärken.“
„alle diejenigen, die an der Plünderung und Verschwendung der Reichtümer des Landes teilgenommen haben, müssen vor Gericht gestellt werden.“	NICHTS
Anerkennung der Sprache Amzigh	In der Verfassung soll die Pluralität der vereinten marokkanischen Identität anerkannt werden, die reich ist durch die Vielfalt der Komponenten (…)
Freilassung aller politischen Gefangenen, Anklage gegen alle diejenigen, die willkürlichen Festnahmen, „Verschwinden“, Folter und wilden Unterdrückungsmaßnahmen zu verantworten haben	NICHTS
Zugang für alle ausgebildeten Arbeitslosen zu Stellen des Öffentlichen Diensts mittels transparenten und gerechten Prüfungen	NICHTS
Ein Leben in Würde muss für alle gesichert sein, indem gegen die teuren Lebenshaltungskosten angegangen wird. Lohnerhöhung und Erhöhung des Mindestlohnes	NICHTS
Zugang auch für die Ärmsten zu allen Einrichtungen des öffentlichen Diensts, die diesen Namen verdienen und die über genügende Mittel für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben verfügen	NICHTS

Am 13.3. 2011 hat die Polizei in Casablanca Sit-Ins der „Bewegung vom 20. Februar“ gewaltsam von der aufgelöst, es gab über 100 zum Teil schwer Verletzte und über 400 Verhaftungen. Auch Journalisten wurden angegriffen.

Am 20.März 2011 fanden in 60 Städten von Marokko große Demonstrationen und Sit-Ins statt : Tanger : 16 000 Demonstranten, Rabat 15 000 ; Agadir 16 000 ; Fes 5000…. Casablanca 50 000 !

Die Demonstrationen sind von der « Bewegung des 20.Februars » organisiert worden. Sie haben deren zentralen Forderungen aufgegriffen und « eine neue Verfassung statt eine Sklavenverfassung » gefordert. Die Polizei hat im Gegensatz zu den blutigen Repressionsmaßnahmen vom 13.-14. März nicht eingegriffen. Es ist ein Zeichen dafür, dass die Regierung über den einzuschlagenen Weg unsicher ist :

Eine brutale Repression würde die echte Natur des Regimes entlarven und zu einer weiteren Radikalisierung und Stärkung der Bewegung führen

Eine scheinbare Toleranz könnte aber auch eine Ausweitung der Bewegung begünstigen. So haben die offiziellen Medien - obgleich die Demonstration in Casablanca verboten worden war – den Erfolg der friedlichen Demonstration gefeiert und dies auf das Konto der Regierung und der « marokkanischen Ausnahme » zurückgeführt. Welche Heuchelei !!!

Film über die Demonstration in Casablanca am 20.3.:
http://www.youtube.com/watch?v=ZHmvhMht2zw&feature=player_embedded

(Mitteilung von attac Marokko, http://attacmaroc.org/)

(SiG 89)

Internationaler Gewerkschaftsbund (ITUC):

Das Recht der Arbeitnehmer, sich zu organisieren und mit Arbeitgebern zu verhandeln, wird in der Praxis nicht respektiert

Freie Exportzonen wachsen, Gewerkschaften stehen vor großen Herausforderungen:
Gewerkschaftliche Organisation in den **Freien Exportzonen Marokkos** ist sehr schwierig. Die Zonen breiten sich rasch in verschiedenen Regionen und Wirtschaftssektoren in Marokko aus. Das größte Projekt ist die **Umwandlung des Hafens von Tanger in eine internationale Logistikplattform.** Die Aktivitäten in den Freien Exportzonen werden vielfältiger und umfassen jetzt auch den Dienstleistungssektor und die Luftfahrt.
Der Zugang von Gewerkschaften zu den Zonen ist stark eingeschränkt, wodurch Vereinigungsfreiheit de facto unmöglich ist. Arbeitnehmer scheuen sich aus Angst um ihren Arbeitsplatz, Gewerkschaften zu bilden.
Die Gewerbeaufsicht erklärt, dass es kaum Probleme mit der Achtung der Arbeitnehmerrechte in den Zonen gebe, legt aber keine Statistik vor, die diese Behauptung stützen würde.

Arbeitsunruhen wegen Untergrabung des Streikrechts:
Die wiederholten Streiks in vielen Branchen sind ein Beweis für das Desinteresse der Regierung und von Arbeitgeberverbänden an Gesprächen mit den Gewerkschaften und für ihre Missachtung der Forderungen von Beschäftigten. Eine geringe gewerkschaftliche Organisation und die hohen rechtlichen Hürden für Tarifverhandlungen haben in vielen Unternehmen Fortschritte unmöglich gemacht.
Die Arbeitsunruhen gipfelten in zwei weithin befolgten **Streiks im öffentlichen Dienst im November**, die von mehreren wichtigen Gewerkschaftszentren ausgerufen worden waren. Aber die meisten Protestkundgebungen und Arbeitsniederlegungen während des Jahres stießen auf **Ablehnung und Repressionen seitens Arbeitgebern und der Behörden**, die das Arbeitsgesetz missbräuchlich auslegten und jede Behinderung der Freiheit zu arbeiten als schweres Fehlverhalten behandelten.
http://survey.ituc-csi.org/Morocco.html?lang=de#tabs-4

Attac Marokko

Undemokratisches Verfahren bei der Verfassungsreform

Brief an den Präsidenten der Beratungskommission zur Revision der Verfassung
Betreff: Anhörung von ATTAC zur Verfassungsreform

Am 9.März 2011 hat der König in einer Rede eine Verfassungsreform angekündigt, die von einer von ihm (!!!!) ernannten Kommission erarbeitet werden soll (S. ausführlich in SiG 89). Damit hat die Bewegung des 20.Februar einen kleinen Sieg errungen: Nach und nach sehen sich die Regierung und die politische Elite wegen der Erfolge dieser Bewegung gezwungen, diese ernst zu nehmen. ABER: Das bleibt noch vollkommen unzureichend, da der König im Grunde auf keine seiner Vorrechte auf der politischen Ebene verzichtet hat. Noch schlimmer ist es auf der wirtschaftlichen und sozialen Ebene. Die „Partnerschaft EU-Marokko" ebnet außerdem den Weg für die politische und wirtschaftliche Kontrolle durch die EU.
(SiG 90)

21. April 2011
Bezug: Ihr Brief Nr. 157 vom 8. April 2011

Sehr geehrter Herr Präsident, unter Bezug auf Ihr o. g . Schreiben möchten wir Ihnen unsere Bemerkungen wie folgt zukommen lassen:

- Ihr Gremium wurde **ernannt und nicht gewählt**, was den demokratischen Prinzipien widerspricht und Ihrer Kommission die Anerkennung des Volkes entzieht, was unserer Meinung nach der einzige Garant für die Legitimität ihrer Arbeit wäre. Die Ernennung anstelle einer Wahl entspricht nicht der Forderung, die durch die Bewegung des 20. Februar sowie durch alle teilnehmenden Organisationen, darunter die unsere, gestellt wurde. Wir sind der Meinung, dass die Verfassungsreform keine verwaltungsrechtliche und technische Übung ist und auch nicht als solche behandelt werden darf.
- Ihre Kommission wurde ernannt, um die im Jahr 1996 **erlassene Verfassung zu überprüfen**. Dieses „Werk" von Hassan II wurde unrechtmäßig in Abwesenheit der Volksvertreter eingeführt. Das Ergebnis ist eine undemokratische Verfassung im Dienste der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Machthaber. Die Bewegung vom 20. Februar und alle in ihr zusammengeschlossenen Organisationen fordern eine neue Verfassung, mit einer neuen Art der Abfassung und im Sinne der Demokratie. Diese Methode äußert sich in einer verfassungsgebenden Versammlung, in der die politischen und rechtlichen Bedingungen vorbereitet werden. Das Ziel dieser Struktur ist es, **eine neue Verfassung** zu erstellen, die mit den Prinzipien von „Heiligkeit" und „Untertanen" bricht. Einen Text also, der auf der Volkssouveränität beruht, auf Wahlen als Mittel, an Staatsposten mit hoher Verantwortung zu gelangen und auf der Verpflichtung für ausnahmslos jeden, alle Vorgänge offenzulegen.
- Ihre Kommission ist **beratend**, was bedeutet, dass die Vorschläge Ihres Gremiums durch die Herrschenden angenommen wie abgelehnt werden können, - für die Vorschläge der von Ihnen konsultierten Organisationen gilt das Gleiche.

Schließlich möchten wir Ihnen noch einmal die rechtliche Lage unserer Organisation in Erinnerung rufen. ATTAC Marokko wurde im Juli 2001 gegründet und seit der offiziellen Anerkennung ein Jahr später haben wir von Dezember 2005 bis heute keine weitere rechtliche Zulassung erhalten. Während dieser Zeit haben einige unserer lokalen Gruppen eine Zulassung erhalten! Ist es Ihnen nicht unangenehm, eine Organisation anzuhören, die „de facto" von der Regierung - durch das Innenministerium – als „illegal" betrachtet wird?

Sehr geehrter Präsident der Beratungskommission zur Revision der Verfassung,
Wir sind eine engagierte Vereinigung, die die Seite der unterdrückten und verarmten Klassen gewählt hat, die gegen neoliberale Wirtschaftspolitik kämpft. Teil dieser Politik ist die schrittweise Privatisierung unserer besten öffentlichen Dienste und Einrichtungen. Es ist eine Strategie, die die Entmündigung unserer Dienste zum Vorteil multinationaler Gesellschaften betrieben hat, deren einziges Ziel ihr Gewinn ist (Lydec, Redal, Amendis…).
Wir hätten gern an der Erstellung einer neuen Verfassung für ein neu aufzubauendes Marokko mitgewirkt. Für ein neues Marokko, das wir für notwendig halten. Da uns jedoch bewusst ist, dass Ihre Kommission elementare Kriterien einer Demokratie Rücksicht nicht erfüllt, werden wir bedauerlicherweise Ihrer Aufforderung, unsere Vision in Bezug auf die Verfassungs-reform vorzutragen, nicht nachkommen können.
Mit freundlichen Grüßen,
In Namen des nationalen Sekretariats von Attac, Mohamed Abboud, Generalsekretär

Attac Marokko

Nach dem „Referendum“ über eine neue Verfassung: 30 000 Menschen protestieren in Casablanca

Am 9. März 2011 verkündete der König Marokkos unter dem Eindruck der Protestbewegungen die Erarbeitung einer Verfassungsreform. (SiG 89). Die Bewegung des 20. Februars beharrte aber auf ihre Forderungen (SiG 89) und lehnte die Teilnahme an der Verfassungs-Kommission ab, die undemokratisch zustande gekommen ist und nur eine beratende Funktion hatte. Sie forderte stattdessen die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung. (s. die Erklärung von Attac Marokko, SiG 90). Dazu kam es aber nicht: Am 17. Juni teilte der König mit, dass das Referendum über die neue Verfassung … schon 2 Wochen später stattfinden sollte – am 1. Juli.
Die Rede war nicht mal zu Ende, da gingen schon Menschen auf die Straße, um ihre Zustimmung zu den 180 Artikeln einer Verfassung, die noch nicht veröffentlicht war, lauthals zu bekunden!! Mobilisierung der Medien, die alle für „Ja“ warben, von „Supporters“ (teilweise bezahlt) und Schlägertruppen, Verbot, zum Boykott des Referendums aufzurufen, Behinderung von Demonstrationen, Verhaftung von ProtestteilnehmerInnen, Freiheitsstrafen, Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst – alle Mittel wurden eingesetzt. Die Regierung verkündete stolz am 2. Juli, 98,5% hätten der Verfassungsreform zugestimmt und gab eine Wahlbeteiligung von 72,6 Prozent der „13 Millionen Wahlberechtigten“ an.
„ Die Opposition - berichtet B. Schmid - *rechnet jedoch völlig anders: In Marokko leben rund 21 Millionen erwachsene Bürger/innen, von denen circa 62 % (also o.g. 13 Millionen) in das Wählerregister eingetragen sind, um an Parlamentswahlen teilnehmen zu können. (…) Insofern, argumentiert die Opposition, muss die Abgabe von 9,49 Millionen Stimmen (unter ihnen 9,228 Millionen „JA“-Voten) vielmehr auf die tatsächliche Anzahl der volljährigen Bürger/innen hochgerechnet werden. Dies ergibt, dass insgesamt 44 % der erwachsenen Bevölkerung der Vorlage zustimmten.*
Dabei wären Wahlmanipulationen – es gibt Aufnahmen von Personen, die rechtswidrig zwei Wählerkarten in ihrem Besitz hatten und also doppelt abstimmen konnten – noch nicht berücksichtigt.“

Demonstration in Casablanca am 27.6.: http://www.youtube.com/watch?v=ySNdaHgNfOU&feature=related
Bericht von B. Schmid: http://www.labournet.de/internationales/ma/referendum_bs1.html
Text der Verfassung: http://www.map.ma/mapfr/nouvelle-constitution-fr/projet.html

Casablanca, Sebata, 3. Juli 2011:
Nach der Maskarade des Referendums über die Verfassung waren wir noch zahlreicher denn je auf der Straße: Trotz der Hindernisse durch Unterstützer/Schläger der Regierung, Polizeisperren, Polizeiwagen und –motorräder, Zivilpolizisten haben wir zu mehr als 30 000 laut unsere Parolen gerufen – der Kampf geht weiter!,(Souad Guennoun, attac Marokko)

(Weitere Fotos: https://picasaweb.google.com/sougue123/CasaSebataDim3Juillet2011?authkey=Gv1sRgCJHbityKyLfxggE&feat=email)

(SiG 91)

ATTAC Marokko

Der König hat weiterhin alle Macht inne

Zehn Kritikpunkte an der neuen Verfassung

Juni 2011

Die „neue“, von der Menouni-Kommission ausgearbeitete Verfassung, über die das Volk in Marokko am 1. Juli abstimmen soll, ist alles andere als neu. Der Text zementiert den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Absolutismus. ATTAC Marokko vertritt die Position, dass diese Verfassung nicht den Wünschen und Bestrebungen entspricht, die seit dem 20. Februar in den Kämpfen und in der Mobilisierung der Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Wir rufen deshalb die Bürgerinnen und Bürger Marokkos aus den folgenden Gründen zum Boykott dieses Referendums auf:

1. Die Rede vom 9. März („historische“ Rede des Königs zur Verfassungsreform; Anm. d. Übs.) stand ganz im Zeichen der althergebrachten Haltung: die Erneuerung wird als königliche Gabe dargestellt, nicht als Ergebnis des gemeinsamen Handelns des marokkanischen Volkes.

2. Die neue Verfassung ist nicht das Ergebnis eines demokratischen Prozesses. Die Kommission, die mit der Ausarbeitung des Textes beauftragt wurde, wurde vom König eingesetzt und nicht gewählt. Die Rolle der Kommission selbst war außerdem auf die Abfassung des Entwurfs beschränkt. Das letzte Wort hatte der König selbst, bevor der Text zur Abstimmung vorgelegt wurde. Nach den Regeln der Demokratie hätte die Verfassung von einer verfassunggebenden Versammlung ausgearbeitet werden müssen, deren Mitglieder von allen Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden müssten.

3. Der Verfassungsentwurf zementiert die absolute und persönliche Macht als politisches System. Der König hat weiterhin alle Macht inne: die exekutive, gesetzgebende, gerichtliche, militärische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Gewalt. Er steht an der Spitze aller entsprechenden Institutionen und entscheidet über Ernennungen und Auflösungen. Die Reförmchen des neuen Textes bestehen darin, dass für einige dieser Entscheidungen der König den Regierungschef konsultieren muss – dessen Stellungnahmen sind für den König aber nicht bindend.

4. Die Konzentration der Macht in den Händen des Königs steht im Widerspruch zur Souveränität des Volkes und zum Prinzip der Verantwortlichkeit und der Rechenschaft, zu welcher der König laut Verfassung auch weiterhin nicht verpflichtet ist.

5. Der Entwurf zur neuen Verfassung schafft den berüchtigten Artikel 19 nicht ab, sondern teilt ihn einfach in zwei Teile (jetzt Art.41 und 42), die Sinn und Geist von Artikel 19 noch bekräftigen. Mit diesem Artikel wird die Monarchie als Institution weit über den Text der Verfassung gestellt, da durch ihn der König die religiöse und politische Legitimation erhält (einerseits als Herrscher der Gläubigen, andererseits als „Oberhaupt des Staates, dessen höchster Repräsentant, Symbol der Einheit der Nation“).
(…)

7. Der zur Volksabstimmung vorliegende Text verleiht der Privatisierung von Dienstleistungen und öffentlichen Einrichtungen Verfassungsrang! Die Artikel 49 und 71 erwähnen diese versteckte Form des Raubs an öffentlichem Gut als Vorrecht von Regierung und Parlament. Es ist skandalös, wie der Staat so eine Politik institutionalisiert, die von allen Seiten als für die Volkswirtschaft schädlich angeprangert wird, und mit der nur der Reichtum in den Händen in- und ausländischer Kapitalisten konzentriert wird.

8. Der Verfassungsentwurf übergeht die Problematik der Nutzung der Gemeingüter, insbesondere des Wassers. Der Text nennt nur *„die Mobilisierung aller verfügbaren Mittel, um den gleichberechtigten Zugang zu Bedingungen zu erleichtern, die es ihnen ermöglichen, das Recht auf Zugang zu Wasser und zu einer gesunden Umwelt zu haben*“. Und während der Staat sich nicht verpflichtet, die Wasserreserven zu schützen und dafür zu sorgen, dass sie vorrangig für die Bedürfnisse des Lebens eingesetzt werden (Trinkwasser, Landwirtschaft, Nahrungsmittelsicherheit), sind diese Ressourcen im Visier marokkanischer Unternehmen (insbesondere der königlichen Holding ONA) und ausländischer Konzerne (Veolia und GDF-Suez), die sie sich aneignen.

9. Das Innenministerium, das eine traurige Bilanz in Sachen Fälschung von Abstimmungs- und Wahlergebnissen hat, soll auch dieses Referendum überwachen. Und die Wählerlisten für das Verfassungsreferendum wurden von den gleichen Leuten erstellt, die langjährige Erfahrung mit Wahlbetrug haben. Dazu kommt das Fehlen unabhängiger internationaler Wahlbeobachter, die das Abstimmungsverfahren beaufsichtigen könnten.

10. Von einer demokratischen Verfassung kann keine Rede sein, solange die Zentren der Vetternwirtschaft und der politischen Korruption weiter funktionieren, solange ungestraft öffentliches Gemeingut gestohlen und weiter gefoltert werden kann. Gleichzeitig wird denjenigen, die echte Erneuerung fordern, jeder öffentliche Auftritt praktisch verboten, und mit wenigen Ausnahmen dürfen nur diejenigen sich zu Wort melden, die den Absolutismus hofieren.

ATTAC Marokko hält diese zehn Gründe für hinreichend, um den Boykott zu rechtfertigen. Dieser Aufruf ist keine Neinsager-Position, sondern Zeichen unseres Willens, mit den Jahrzehnten des politischen Absolutismus und der verweigerten sozialen Gerechtigkeit Schluss zu machen. Diese werden aber von der „neuen“ Verfassung nur weiter zementiert. Wir sind der Meinung, dass der Kampf für eine demokratische Verfassung im Rahmen des gemeinsamen Kampfes des marokkanischen Volkes weitergehen wird, so wie es die Bewegung vom 20. Februar angestoßen hat, mit dem Ziel der Beendigung des Absolutismus und der Korruption in allen ihren Formen.

Aus all diesen Gründen und für eine bessere Zukunft Marokkos und seiner Kinder, und in treuem Gedenken an alle Märtyrer, Gefangenen und im Kampf Verletzten, ruft ATTAC Marokko die Bürgerinnen und Bürger des Landes auf, dieses Referendum zu boykottieren.

Wir gehen nicht wählen... NO PASARAN .... Wir boykottieren... und kämpfen weiter

Übersetzung: Dorothee Hofer, coorditrad SiG 91

In einem Artikel in La Tribune (Algiers) weist Noureddine Khelassi auch darauf hin, dass die Verfassungsreform die Annektierung von Westsahara festschreibt.
2011http://fr.allafrica.com/stories/201106200522.html